

Generalsekretär Peter Hintze:

Den Rechtsradikalismus an der Wurzel treffen

Die erschütternden Vorgänge in Rostock fordern den entschiedenen Einsatz des Rechtsstaates, der im Sinne einer wehrhaften Demokratie die Gewalttäter dingfest machen und der rechtsradikalischen Szene den Boden entziehen muß. Gewalt gegen Menschen ist ein Angriff auf unsere Kultur und schadet Deutschland in der ganzen Welt.

Die Gewalttäter von Rostock und die applaudierenden Zuschauer gefährden darüber hinaus Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Region. Ihnen muß mit allen Mitteln Einhalt geboten werden.

Folgende Maßnahmen sind notwendig:

- Gewalttäter müssen namentlich erfaßt, ihre Reisewege festgestellt und zwischen den Landespolizeibehörden ausgetauscht werden. Datenschutz darf nicht Täterschutz sein.
- Eine rasche Bestrafung der gefaßten Täter muß sichergestellt werden. Wer Häuser anzündet, Polizeibeamte oder Feuerwehrleute brutal attackiert, gehört ins Gefängnis.
- Wer den Tätern Beifall zollt und ihnen sogar Dekung bietet, macht sich mit schuldig. Auch diese Form der Mittäterschaft muß strafrechtlich geahndet werden.
- Justiz und Partei in den neuen Ländern müssen nachhaltig beim Aufbau handlungsfähiger Struktu-

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● CDU/CSU

Wolfgang Schäuble: Wir müssen die Einheit in Deutschland vollenden. Seite 3

● Neue Bundesländer

Die Verwirklichung der sozialen Einheit macht Fortschritte. Seite 14

● Grundsatzprogramm

Gesunde Umwelt gehört zu unserem neuen Verständnis von Wohlstand. Seite 17

● Medien

Zehn Punkte zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Seite 21

● Ideenbörse

Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden: Interessante Ausstellung zum Verkehrsparteitag des Kreisverbands Bonn. Seite 25

● Dokumentation

Zeichen des Aufschwungs. Die neuen Bundesländer kommen gut voran. Grüner Teil

Junge Union für hartes Durchgreifen

Die Junge Union Deutschlands hat die gewalttätigen Ausschreitungen in Rostock als „eine Schande für alle Deutschen“ gewertet und ein hartes Durchgreifen gegen die rechtsradikalen Randalierer gefordert.

Der JU-Vorsitzende Hermann Gröhe bezeichnete insbesondere diejenigen, die Brandsätze auf das Asylbewerberheim in Rostock geworfen und damit den Tod von über 100 Menschen in Kauf genommen haben, als „potentielle Mörder“, die entsprechend bestraft werden müßten. Jegliches Verständnis fehle ihm für diejenigen, die zu den Gewalttaten klatschten: „Wer

Gewalttäter anfeuert, macht sich mitschuldig“, so der JU-Chef.

Er verlangte, den Aufbau und die Ausbildung demokratischer Polizei und Verfassungsschutzbehörden voranzutreiben und eine Grundgesetzergänzung beim Asylrecht vorzunehmen. Hier müsse die SPD ihre Politik der Unverbindlichkeiten aufgeben und Flagge zeigen.

Die Union forderte Hermann Gröhe auf, eine umfassende Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit und für ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern zu starten. Die Junge Union werde ihre Aktion „Ausländerhaß — Laß Dich nicht anstecken!“ auf allen Ebenen verstärken. ▼

(Fortsetzung von Seite 1)

ren unterstützt werden. Eine zügige gerichtliche Aufarbeitung der Gewalttaten von Rostock darf nicht daran scheitern, daß nicht genügend Richter und Staatsanwälte zur Verfügung stehen. Hier müssen die westlichen Bundesländer ihre personellen Hilfen verstärken.

● Durch entschlossene Prävention muß dem aufkeimenden Rechtsradikalismus entgegengewirkt werden. Das Sonderprogramm der Bundesjugendministerin „Gegen Aggression und Gewalt“ muß als Modell von allen Bundesländern aufgegriffen und umgesetzt werden. Dort, wo zur Gewalt neigende Gruppen entstehen, muß die Gewaltbereitschaft durch verstärkten Einsatz von Streetworkern abgebaut werden.

● Der Verfassungsschutz ist und bleibt ein unverzichtbares Instrument im Kampf gegen den Extremismus von links und rechts. ■



Die Aktion der Jungen Union wird begleitet durch Plakate, Aufkleber, durch ein Flugblatt und eine Informationsbroschüre.

Wolfgang Schäuble: Wir müssen die Einheit in Deutschland vollenden

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgenden Brief geschrieben:

Mit dem Ende der parlamentarischen Sommerpause beginnt die zweite Hälfte der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, der ersten im wiedervereinten Deutschland. In einer Zeit rascher Veränderungen und schwer absehbarer Entwicklungen in Deutschland, Europa und weltweit, auch angesichts einer verbreiteten Unsicherheit und Kritik an der Politik insgesamt, ist Konzentration auf das Vorrangige nötig.

Bei der verwirrenden Vielfalt von Problemen und Interessen ist Orientierung geboten durch eine Rangfolge von Notwendigkeiten und Verantwortung. Darin liegt unser Auftrag zur politischen Führung.

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien erinnert an die prioritäre Bedeutung von Außen- und Sicherheitspolitik. Die Chancen, die der Zusammenbruch des totalitären Sozialismus und das Ende des Ost-West-Konflikts eröffnen, würden verspielt, wenn es nicht einmal in Europa gelänge, Frieden und Freiheit dauerhaft zu sichern. Ethnische wie religiöse Konflikte wurden durch totalitäre Diktaturen über viele Jahrzehnte nur unterdrückt, und weil sie nicht freiheitlich aufgearbeitet werden konnten, brechen sie jetzt mit Vehemenz auf. Die Gefahr, daß das schreckliche Beispiel auch anderswo Schule macht, ist riesengroß. Wollen die Europäer wirklich darauf warten, daß den Opfern der Aggression aus dem islamischen Raum Hilfe geboten wird?

Humanitäre Hilfe reicht gegen militärische Aggression nicht aus. Friedenspolitik in und für Europa muß den Krieg beenden, und je eher dieser Erkenntnis die notwendigen Taten folgen, desto mehr Menschenleben werden gerettet. Daß wir Deutsche gerade im ehemaligen Jugoslawien zur Vorreiterrolle ungeeignet sind, ist wahr; aber daraus folgt nicht, daß wir unseren Beitrag verweigern dürfen. Die Entscheidungsunfähigkeit der SPD ist schlimm; dies macht allerdings unsere eigene Verantwortung um so größer.

Die Bedeutung von Maastricht

Das Elend des Krieges im ehemaligen Jugoslawien und die Hilflosigkeit der europäischen Reaktion bis heute unterstreichen die Notwendigkeit, die politische Einigung Europas jetzt voranzubringen. Das ist die tiefere Bedeutung von Maastricht. Die Europäische Währungsunion ist kein Selbstzweck, sondern ein notwendiger und geeigneter Schritt auf dem Weg zur Einheit Europas. Kritik, daß in Maastricht nicht alles erreicht wurde, ist begründet, aber kein Argument dafür, die Ratifizierung zu verweigern.

Die nächsten Schritte — eine gemeinsame und handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik für ganz Europa und eine Verfassung für die Gemeinschaft, die der Politischen Union eine demokratische und föderale Struktur gibt — müssen unverzüglich in Angriff genommen werden.

Der demokratische, wirtschaftliche und soziale Aufbau Osteuropas — auch seine ökologische Sanierung — ist die vorrangige Aufgabe der Europäischen Gemein-

schaft, auch der weiteren Beitrittskandidaten. Das dramatische Gefälle, das der totalitäre Sozialismus hinterlassen hat, muß rasch abgebaut werden, wenn der Wegfall des Eisernen Vorhangs nicht zu neuen Instabilitäten führen soll, für die die derzeitige Flüchtlings- und Asylbewerberwelle nur ein Ausdruck ist.

Grundlage muß die Genfer Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen sein, an deren Standard unser Grundgesetz anzupassen ist. Die SPD kann ihre Zustimmung für die notwendige Grundgesetzergänzung nicht mehr länger verweigern, wenn sie nicht jeden Fortschritt in europäischer Zusammenarbeit weiter blockieren und für zunehmende Ausländerfeindlichkeit ebenso verantwortlich bleiben will wie dafür, daß ein wachsender Teil der Bevölkerung das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der für den demokratischen Rechtsstaat in Bund und Ländern Verantwortlichen verliert.

Wir müssen die Einheit in Deutschland vollenden — politisch, wirtschaftlich, sozial, ökologisch. Die grundlegende Weichenstellungen für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Ländern sind richtig; vieles greift unübersehbar. Gleichwohl bleibt im einzelnen noch manches zu verbessern, in gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen — vom Wohnungsbau bis zu besseren Absatzchancen für ostdeutsche Betriebe auf den Märkten Osteuropas wie der ehemaligen Sowjetunion.

Überzogene Erwartungen

Die Wechselbäder zwischen überzogenen Erwartungen und Enttäuschungen, denen unsere Mitbürger in den ostdeutschen Ländern ausgesetzt sind, müssen wir gemeinsam tragen, nicht nur wirtschaftlich, sondern etwa auch bei der politischen und rechtlichen Aufarbeitung der

Vergangenheit von totalitärem Sozialismus und Teilung. Daß der Aufbau im Osten Vorrang vor dem weiteren Ausbau im Westen haben muß, das muß sich auch in der Arbeit unserer Fraktion im Alltag noch stärker zeigen.

Bei alledem muß die Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten bleiben. Der Umbau unseres Systems sozialer Sicherheit muß durchgesetzt werden, wenn wir die Fähigkeit zu neuen Schwerpunktaufgaben auch angesichts einer dramatischen demographischen Entwicklung bewahren wollen. Das reicht von der Reform unserer gesetzlichen Krankenversicherung bis zur Gesamtlösung für die Pflegeversicherung.

Kraft zum Umbau

Dabei muß ein Anstieg der Lohnnebenkosten insgesamt durch Einführung eines Elements der Selbstbeteiligung in der Lohnfortzahlung vermieden werden.

Der Widerstand gegen jede Veränderung ist groß. Aber wer in einer Zeit großer Veränderungen — im Innern wie im Äußern — nicht die Kraft zum Umbau findet, der versagt.

In der Finanzpolitik muß die Absprache im Finanzplanungsrat — Begrenzung des durchschnittlichen Ausgabeanstiegs in den nächsten Jahren beim Bund auf 2,5 Prozent, bei Ländern und Kommunen auf 3 Prozent — durchgesetzt werden. Der Bund ist mit dem Entwurf des Haushalts 1993 auf gutem Wege. Die westdeutschen Länder und Kommunen müssen folgen.

Im Bundesstaat ist finanzpolitische Solidarität nicht nur eine Verantwortung der Bundesebene. Wenn Steuererhöhungen vermieden werden sollen, müssen Länder und Kommunen ihren Beitrag leisten. Auch im Hinblick auf die Einbeziehung der ostdeutschen Länder in den Finanz-

ausgleich ab 1995 und schon zuvor für die Jahre 1993 und 1994, muß die Forderung „Aufbau Ost vor Ausbau West“ sich in der Wirklichkeit bewähren.

Nicht nur aus finanzpolitischen Gründen müssen wir einer Entwicklung stärker gegensteuern, die immer mehr Aufgaben auf den Staat oder vergleichbare kollektive Systeme übertragen will. Freiheitliche Demokratie und soziale Marktwirtschaft können auch durch überzogene bürokratische Regelungsdichte und hypertrophe Verwaltungsapparate erdrückt werden. Umgekehrt muß der freiheitliche Rechtsstaat den Kernbereich seiner Aufgaben — die Sicherung von Frieden und Freiheit nach außen und innen — eher wirkungsvoller erfüllen, als dies heute in den Augen einer wachsenden Zahl von Mitbürgern gelingt. Deshalb muß die innere Sicherheit Vorrang haben.

Strafverfahren beschleunigen

Die Polizei braucht die glaubwürdige Unterstützung aller politisch Verantwortlichen, die sich auch in haushaltspolitischen Prioritätsentscheidungen bewähren muß und die ihr den notwendigen Vertrauensvorschuß in der Öffentlichkeit sichert. Strafverfahren müssen beschleunigt und das Haftrecht muß so weiterentwickelt werden, daß der demotivierende Skandal aufhört, daß etwa auf frischer Tat erappte Gewalttäter alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung organisierten Verbrechens — zum Beispiel durch verdeckte Ermittler oder den Einsatz technischer Mittel — müssen der kriminellen Herausforderung entsprechen. Angesichts der Tatsache, daß das organisierte Verbrechen die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Rechtsstaats heute stärker bedroht als vieles im Bereich der klassi-

schen Staatsschutzdelikte, scheint mir auch der Einsatz der Verfassungsschutzdienste zur Bekämpfung organisierter Kriminalität erwägenswert.

Schon diese wenigen Punkte zeigen, welch schwere Entscheidungen vor uns liegen. Wir werden das meiste gegen eine entscheidungs- und handlungsunfähige SPD durchsetzen müssen — von dem notwendigen Beitrag zur Friedenssicherung über die Asylpolitik und die innere Sicherheit bis zu den unausweichlichen Prioritätsentscheidungen in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Vieles wird auch von mächtigen Interessengruppen bekämpft werden, die ihre Besitzstände mit Zähnen und Klauen verteidigen. Unsere Kraft zu gemeinsamem Handeln wird gefordert sein. Je klarer unsere Übereinstimmung in den zentralen Fragen und Prioritäten ist, um so besser sind unsere Chancen.

Wir dürfen uns von den Widerständen nicht beeindrucken lassen. Die große Mehrzahl unserer Mitbürger spürt die Veränderungen, die sich in unserem Land wie um uns herum zwangsläufig vollziehen und denen wir uns stellen müssen, wenn wir eine gute Zukunft sichern wollen. Veränderungen erfordern Anpassung, Umbau; Chancen und Risiken sind Herausforderungen, in der sich Führung bewähren kann.

Zukunft gestalten

Die Zeit nach der deutschen Einheit und dem Ende des Ost-West-Konflikts ist ein Abschnitt, in dem Zukunft gestaltet wird. In dieser Zeit Verantwortung zu tragen ist eine Chance, der wir uns entschlossen stellen wollen. In diesem Sinne freue ich mich auf die gemeinsame Arbeit in den kommenden Monaten, die für den Erfolg dieser Legislaturperiode entscheidend sein werden. ■

Bildung und Ausbildung in unserer freiheitlichen Gesellschaft

Generalsekretär Peter Hintze und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Kulturpolitik der CDU, Georg Gölder, haben den Entwurf für ein neues Bildungspolitisches Programm der CDU vorgestellt:

Die Bundesrepublik Deutschland steht vor neuen Herausforderungen in der Bildungspolitik. Angesichts gesellschaftlicher Veränderungen, neuer Anforderungen in der Arbeitswelt, der Wiedergewinnung der deutschen Einheit und nicht zuletzt der Herausforderungen, die sich durch den europäischen Binnenmarkt 1993 stellen, ist eine zukunftsorientierte Bildungspolitik von größter Bedeutung. Die CDU Deutschland hat sich aufgrund dieser neuen Herausforderungen eine neue bildungspolitische Diskussionsgrundlage gegeben. Das Papier „Bildung und Ausbildung in unserer freiheitlichen Gesellschaft: Für die humane Leistungsschule und ein differenziertes Hochschulsystem“ wurde im Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU Deutschlands unter dem Vorsitz von Georg Gölder erarbeitet.

Es geht um die Zukunftschancen der jungen Generation in Deutschland, die sich auf ein verändertes Anforderungsprofil auf dem europäischen Arbeitsmarkt einstellen muß. Die CDU will ein Höchstmaß an Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen im geeinten Deutschland in der schulischen, akademischen und beruflichen Bildung. Die Qualität der Schulen und Hochschulen und unserer beruflichen Weiterbildung betrifft ganz erheblich die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland im geeinten Europa.

Erziehung, Bildung und Ausbildung müssen zur geistigen und kulturellen Einheit Deutschlands beitragen. Die geistige Überwindung der Teilung, die aus der Unfreiheit und Unterdrückung der Menschen in der ehemaligen DDR resultiert, ist Voraussetzung für die Verständigung zwischen allen Deutschen.

Das vorgelegte Papier „Bildung und Ausbildung in unserer freiheitlichen Gesellschaft: Für die humane Leistungsschule und ein differenziertes Hochschulsystem“ enthält folgende Schwerpunkte:

- Die humane Leistungsschule als gegliedertes, differenziertes System ist die beste

Die CDU fordert eine grundsätzliche Debatte über unsere zukünftige Bildungspolitik, die den Chancen und Herausforderungen des europäischen Binnenmarktes gewachsen ist.

Grundlage, bei weitgehender Gleichheit der Startchancen ein Höchstmaß an Chancengerechtigkeit im vereinten Deutschland zu verwirklichen, den Einzelnen individuell nach seinen Anlagen und Neigungen optimal zu fördern und die Leistungsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems dauerhaft zu sichern.

- Der Prozeß der europäischen Einigung muß in den Schulen stärker aufgenommen werden und in die geeigneten Unterrichtsfächer integriert werden. Fremdsprachenkenntnisse und Wissen über kulturelle und historische Gegebenheiten

unserer europäischen Partnerländer werden immer mehr zur Voraussetzung für die alltägliche Berufsausübung.

● Die Hauptschulen und der Hauptschulbildungsgang bleiben auch zukünftig für Kinder, die handlungs-, anschauungs- und praxisorientiert lernen, unverzichtbar. Bei notwendiger Zusammenführung von Haupt- und Realschulen unter einem Dach muß ein hohes Maß an Differenzierung gesichert bleiben.

● Das Leistungsprofil der gymnasialen Oberstufe muß gestärkt werden. Studienrelevante Fächer wie Deutsch, Mathematik und eine fortgeführte Fremdsprache sind als schriftliche Prüfungsfächer beim Abitur festzulegen. Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU schlägt ein

Acht Jahre Gymnasium

sogenanntes Zentralabitur vor, welches in Abstimmung zwischen den Ländern innerhalb der Kultusministerkonferenz ein weiteres Auseinanderdriften der Leistungsprofile zwischen den Ländern sowie den Gymnasien und den Integrierten Gesamtschulen innerhalb der jeweiligen Bundesländer verhindert.

● Die CDU fordert, nach entsprechender Vorbereitungs- und Übergangszeit die allgemeine Hochschulreife nach achtjährigem Gymnasialbesuch zu vermitteln. Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU plädiert für eine fünfjährige Unter- und Mittelstufe sowie für eine dreijährige gymnasiale Oberstufe.

● Integrierte Gesamtschulen, von den sozialdemokratisch geführten Landesregierungen vorangetrieben, erweisen sich als wesentlich kostenintensiver als die jeweiligen Schulformen des gegliederten Schulsystems. Gesamtschulen können nicht das Ausbildungsniveau im Vergleich zu den Schulformen des gegliederten Schulsystems erreichen, sondern sie

sind in der Leistung dem gegliederten Schulsystem in der Regel weit unterlegen. Die CDU lehnt die integrierte Gesamtschule als politische Zielsetzung ab, denn die Gesamtschule kann nicht das gegliederte Schulsystem mit seinen Schularten der humanen Leistungsschule ersetzen.

● Die CDU plädiert dafür, die berufliche Bildung in Deutschland attraktiver zu gestalten. Hierzu ist eine große, gemeinsame Offensive aller notwendig, um der beruflichen Qualifizierung mehr öffentliche und gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen und das erfolgreiche duale System angesichts der Herausforderungen des europäischen Binnenmarktes weiterzuentwickeln. Die berufsbezogene Bildung ist konsequenter als bisher als eigenständiger Weg bis in die Fachhochschule zu konzipieren und auszubauen. Eine Verbesserung der materiellen und personellen Ausstattung der Berufsschulen wird von der CDU daher für unabdingbar gehalten. Zur Verwirklichung ihres Bildungsauftrages braucht die Berufsschule mehr Zeit. In ganz Deutschland ist daher mittelfristig ein zweiter Berufsschultag einzuführen.

● Die CDU plädiert dafür, die Autonomie der bundesdeutschen Hochschulen zu stärken. Mehr Autonomie für die Hochschulen bedeutet: Universitäten und Fachschulen müssen größeren Freiraum zur eigenständigen Gestaltung ihrer

Hochschulzugang verbessern

Strukturen, der personellen Auswahl der Dozenten und der Verwendung der zugewiesenen Mittel erhalten. Durch eine entsprechende Änderung im Hochschulrahmengesetz sind die Hochschulen zu verpflichten und in die Lage zu versetzen, sich an der Auswahl geeigneter Studenten zu beteiligen. Dabei geht es nicht um eine allgemeine staatliche Eingangsprüfung, sondern um fachorientierte Zugangsrege-

lungen, wie studienfachbezogene Gewichtung von Abiturnoten, Auswahlgespräche und ergänzende Tests, in der Verantwortung der einzelnen Hochschulen bzw. Fachbereiche.

● Der Bundesfachausschuß Kulturpolitik der CDU hat sich für eine Öffnung der Hochschulen für besonders qualifizierte Berufstätige ausgesprochen. Dafür sind aber besondere Zugangsvoraussetzungen zu bestimmen, in denen fachliche Leistungen und theoretische Kenntnisse mit Blick auf das gewünschte Studium nachgewiesen werden. Ein „Probestudium“, wie von SPD und DGB vorgeschlagen, lehnt die CDU ab.

● Das Hochschulsystem muß weiter ausgebaut werden. Schwerpunkt des Ausbaus sind praxisorientierte Studiengänge an dezentralen überschaubaren Hochschulen. Das berufsbegleitende Studium ist auszubauen. Neue duale Ausbildungsformen im tertiären Bereich sind zu entwickeln. Berufsakademien nach dem baden-württembergischen Vorbild sind, wo immer möglich, einzurichten. Ihre Abschlüsse sind bundesweit anzuerkennen.

● Die Fülle des Studienstoffes und der Prüfungsanforderungen an bundesdeutschen Hochschulen sind zu reduzieren, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ein Studium innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann. Der Bundesfachausschuß spricht sich dafür aus, im Rahmen einer Studienreform die Studiengänge an den Hochschulen in ein Haupt- und Graduerungsstudium zu stufen. Eigenständige, kürzere Studiengänge mit berufsqualifizierendem Abschluß sind zu erproben. Frühzeitige Anmeldungen zu Examen mit zusätzlichen Wiederholungsmöglichkeiten — sogenannte „Freischußmöglichkeiten“ — sind flächendeckend einzuführen.

Die CDU fordert eine grundsätzliche Debatte über unsere zukünftige Bildungspolitik, die den Chancen und Herausforderungen des Europäischen Binnenmarktes gewachsen ist. Was wir jetzt an Zeit und Kraft, an Diskussion und konzeptioneller Arbeit, aber auch an sachlich gebotener kontroverser Auseinandersetzung in die Bildungspolitik investieren, das sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder.

Es muß jetzt gehandelt werden

Zu den Ausführungen des SPD-Vorsitzenden Björn Engholm zur Asyl- und Zuwanderungspolitik erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Johannes Gerster:

Nachdem die SPD ihre Bereitschaft erklärt hat, an einer Begrenzung der Zuwanderung und der Beseitigung des Mißbrauchs unseres Asylgrundrechtes mitzuwirken und endlich signalisiert hat, dazu auch den Artikel 16 des Grundgesetzes ergänzen zu wollen, sollten die Parteien jetzt unverzüglich

an den Verhandlungstisch kommen und Lösungen vereinbaren. Der Austausch weiterer Absichtserklärungen hilft wenig weiter. Es muß jetzt gehandelt werden. CDU/CSU und FDP haben eine Verhandlungskommission benannt, die SPD sollte schleunigst ihre Verhandlungskommission benennen.

Die Gespräche müssen sofort beginnen, zumal die Probleme von Tag zu Tag größer und bei zu erwartenden 500.000 Asylbewerbern in diesem Jahr immer unlösbarer werden.

Einstweilige Anordnung gegen Inkrafttreten der Fristenlösung

Zum Erlaß einer einstweiligen Anordnung des Bundesverfassungsgerichts gegen das Inkrafttreten der Fristenlösung erklärte der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz Möller:

Die einstimmige Entscheidung über den Antrag von 248 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ein wichtiger Schritt zur notwendigen Klärung der Frage, ob die vom Deutschen Bundestag am 26. Juni 1992 mehrheitlich beschlossene Fristenregelung mit dem Grundgesetz vereinbar ist oder nicht.

Mit der Feststellung, daß es sich bei der Schutzpflicht des Staates gegenüber menschlichem Leben um einen fundamentalen Bestandteil unserer Verfassungsordnung handelt, hat das Gericht seine Rechtsprechung aus den Urteilen der Jahre 1974 und 1975 bekräftigt und die jetzt vorgesehene Fristenlösung einstweilen verhindert.

Die anderen Teile des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes, die flankierende Sozialmaßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens vorsehen, sind von dem Urteil nicht berührt und ab sofort in Kraft. Auf diese Maßnahmen legt die CDU/CSU besonderen Wert. Im Gegensatz dazu hat die SPD in der

mündlichen Verhandlung Zweifel erkennen lassen, ob sie nach der vorläufigen Aussetzung der Fristenregelung mit Ernst und Nachdruck die sozial flankierenden Maßnahmen umsetzen will. Mit einer ausdrücklichen Rüge derartiger Äußerungen in der Urteilsbegründung unterstreicht das Gericht die Bedeutung dieser — gerade auf Drängen der CDU/CSU beschlossenen — Maßnahmen.

Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, „daß das ungeborene Leben von Verfassungs wegen geschützt ist, daß also insbesondere der Schwangerschaftsabbruch nicht ein Instrument der Familienplanung sein darf“. Damit hat das Gericht einem wesentlichen Punkt der 248 Antragsteller entsprochen.

Das Bundesverfassungsgericht ist sogar noch über den Antrag hinausgegangen und hat angeordnet, daß die durch das Schwangeren- und Familienhilfegesetz aufgehobene Pflicht der Ärzte, Schwangerschaftsabbrüche — anonym — an das Statistische Bundesamt zu melden, einstweilen in Kraft bleibt. Die Bedeutung der staatlichen Schutzpflicht für das werdende Leben läßt es nicht zu, auf — wenn auch nur unvollkommene — statistische Daten in diesem Zusammenhang zu verzichten.

Antragsschrift eingereicht

Am 25. August haben 248 Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beantragt, den strafrechtlichen Teil des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes auf seine Verfassungsmäßigkeit hin zu überprüfen. Die 123seitige Antragsschrift wurde von den Prozeßvertretern der 248 CDU/CSU-Abgeordneten, Prof. Dr. Peter Lerche aus München und Prof. Dr. Fritz Ossenbühl aus Bonn, eingereicht.

Teilzeitbeschäftigung besser nutzen

Innerhalb der nächsten fünf Jahre planen über 2,6 Millionen Frauen ihre Rückkehr auf den Arbeitsmarkt, berichtet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Von den rund 1,5 Millionen berufsrückkehrwilligen Frauen, die eindeutig wegen familienbezogener Gründe (Heirat, Kindererziehung, Betreuung pflegebedürftiger Personen) ihre letzte Stelle aufgaben, sind über 87 Prozent an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert.

Vier Fünftel dieser potentiellen Berufsrückkehrerinnen verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung, ihre Qualifikation ist gut. Auch die Frauen, bei denen es nicht ausschließlich familienbedingte Gründe waren, die zu einer Berufsunterbrechung führten, wollen ganz überwiegend eine Teilzeitbeschäftigung aufnehmen.

Die Hauptschwierigkeit bei der Wiedereingliederung von Berufsrückkehrerinnen ist ein zu geringes Angebot an qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen. Und das, obwohl sich in Kreisen der Wirtschaft Klagen über den „Fachkräftemangel“ verstärken. Mehrere Untersuchungen belegen, daß es Beschäftigungsmöglichkeiten gibt, die unter den gegebenen Bedingungen des Arbeitsmarktes nicht in Mehrbeschäftigung umgesetzt werden können. Vor allem in Kleinbetrieben, von denen jeder zweite seine Belegschaft vergrößern will, bestehen noch immer ungenutzte Beschäftigungsmöglichkeiten, die gerade auch für Berufsrückkehrerinnen in Frage kämen.

Zu Recht nennen Arbeitgeber die oft überdurchschnittliche Motivation, den positiven Beitrag zum Betriebsklima und die besondere Betriebstreue als Gründe

für die Beschäftigung von Berufsrückkehrerinnen. Nicht zu vergessen sind dabei aber auch die sogenannten Schlüsselqualifikationen (zum Beispiel Kooperationsfähigkeit, Organisationstalent), die Frauen im Rahmen familiärer Tätigkeit erwerben und die im Beruf von großer Bedeutung sein können.

Mit nur 15 Prozent Teilzeitbeschäftigten bleibt die Bundesrepublik Deutschland hinter dem Durchschnitt aller Industriestaaten zurück. Das Modellprogramm des Bundesministeriums für Frauen und Jugend zur Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase ist bisher sehr positiv verlaufen.

Familie und Beruf vereinbaren

Claudia Nolte, frauen- und jugendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Neben Einarbeitungszuschüssen, die zum Ausgleich der vom Arbeitgeber erwarteten Nachteile der Beschäftigung von Berufsrückkehrerinnen gedacht sind (länger als üblich dauernde Einarbeitung und Qualifizierung), sollte auch geprüft werden, welche Weiterqualifizierungsmöglichkeiten man Frauen während der Phase der Unterbrechung der Berufstätigkeit anbieten kann. Je länger die Unterbrechungsdauer, desto notwendiger die Qualifizierungsmaßnahmen. Deshalb ist es besonders wichtig, daß potentielle Berufsrückkehrerinnen „auf dem laufenden bleiben“.

Die Schaffung zusätzlicher qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze ist notwendig, damit die Wirtschaft das Fachkräftepotential der Berufsrückkehrerinnen nutzen kann. Vor allem aber eröffnen Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse Möglichkeiten einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern.

Frauen dürfen nicht weiter vom Arbeitsmarkt verdrängt werden

Hohe Frauenarbeitslosenquote von durchschnittlich 62,9 Prozent in den neuen Bundesländern ist kein Naturereignis. Rita Süßmuth, Bundesvorsitzende der Frauen-Union, hat an Arbeitgeber, Gewerkschaften und Arbeitsverwaltung appelliert, nicht länger zuzusehen, wie erwerbstätige Frauen aus dem Arbeitsmarkt hinausgedrängt werden.

Inzwischen sei bekannt, daß Frauen erheblich stärker von Entlassungen betroffen seien als Männer. So werde z.B. Frauen, die in technischen Berufen qualifiziert sind, mit fadenscheinigen Begründungen die Weiterbeschäftigung verwehrt und die Übernahme in die Belegschaft privatisierter Betriebe verhindert. Auch Frauen, die sich umschulen oder weiterqualifizieren wollten, stellten fest, daß sie wieder auf die traditionellen Gleise der typischen Frauenberufe geschoben würden.

Frau Süßmuth begrüßte den Beschluß der Bundesregierung zum Arbeitsförderungs-gesetz, nach dem Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen gefördert werden sollen (§ 2, Nr. 5). Man könne nur hoffen, daß mit dieser gesetzlichen Grundlage ein wirkungsvolles Instrument für die Gleichbehandlung von Frauen geschaffen worden sei.

Auch wenn es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sei, daß Frauen auch in der Arbeitswelt nicht diskriminiert werden dürften, müßten alle Verantwortlichen angesichts der zu Lasten der Frauen gehenden Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt offenbar doch daran erinnert werden. Für unverzichtbar hält Frau Süßmuth

1. daß die weitere Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit gestoppt wird:

- durch ein faires Auswahlverfahren bei unverzichtbaren Entlassungen; hier sind die Betriebsrätinnen und Betriebsräte besonders gefordert.
- durch die Sicherstellung gleicher Chancen für Frauen bei der Übernahme von Belegschaftsmitgliedern in privatisierte Unternehmen.

2. daß Frauen bei Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen berücksichtigt werden; und in der Berufsberatung über das gesamte Spektrum der Berufe informiert wird. Alte Rollenzuschreibungen für Mädchen und Frauen dürfen keinen Platz haben;

3. daß ortsnahe Beratungsstellen umfassend und professionell informieren über alle Möglichkeiten der Qualifizierung, Umschulung und Fortbildung; über Voraussetzungen und Chancen von Existenzgründungen, über eine Berufstätigkeit im Rahmen von AB-Maßnahmen, in Sanierungs- und Beschäftigungsgesellschaften;

4. daß für Frauen im ländlichen Raum besondere Förderkonzepte entwickelt werden, die auf die Region zugeschnitten sind. Dabei muß die Erhöhung der Mobilität durch Anpassung des öffentlichen Personennahverkehrs ein wichtiges Ziel sein;

5. daß die Lebens- und Berufserfahrung älterer Frauen genutzt wird durch Förderungs- und Beschäftigungskonzepte, die auf diese Frauen abgestimmt sind.

Frau Süßmuth erinnert daran, daß selbst eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen die

Stiftung „Mutter und Kind“ jetzt auch in den neuen Bundesländern

Die Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ soll ab 1. Januar 1993 auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet werden. Das Bundeskabinett hat einem entsprechenden Gesetzesentwurf des Bundesministeriums für Familie und Senioren zugestimmt.

Die Stiftung „Mutter und Kind“ ersetzt in den fünf neuen Bundesländern und Ost-Berlin den als Sofortprogramm bis Ende 1992 eingesetzten „Hilfsfonds für schwangere Frauen in Not“.

„Mit der Ausdehnung der Hilfen der

Bundesstiftung Mutter und Kind ergänzen wir die allgemeinen familienpolitischen Leistungen wie Erziehungsgeld oder Kindergeld durch ganz gezielte, individuelle Hilfen für Schwangere in Notsituationen. Gerade das halte ich für notwendig, wenn einer werdenden Mutter die Entscheidung für ihr Kind erleichtert werden soll“, erklärt Bundesministerin Hannelore Rönsch.

Der Stiftung „Mutter und Kind“ stehen ab 1993 aus dem Bundeshaushalt jährlich mindestens 180 Millionen Mark zur Verfügung.

Situation der Frau nicht verbessere, wenn sich nicht in den Köpfen der Verantwortlichen eine Bewußtseinsänderung vollzieht. Frauen dürften nicht nach Bedarf einmal auf den Arbeitsmarkt geschoben werden und ein anderes Mal vom Arbeitsmarkt verdrängt werden.

Wer Frauenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern herunterspiele, riskiere, daß die Soziale Marktwirtschaft in Mißkredit gebracht werden. Hilfreich wäre eine konzertierte Aktion der Arbeitgeber, Gewerkschaften und der Arbeitsverwaltung, der Kommunen und Kreise, der freien Träger und der Frauenbeauftragten auf lokaler Ebene. Soziale Marktwirtschaft muß gerade in schwierigen Zeiten auch im Lebensalltag der Menschen erfahrbar sein. Die schwierige Arbeitsmarktlage für Frauen in den neuen Bundesländern macht es erforderlich, daß alle Beteiligten ihren Teil der Verantwortung übernehmen. ■

Termin

Frauen machen sich stark für Europa

Unter diesem Motto veranstaltet die Frauen-Union der CDU Deutschlands am 19./20. September 1992 in der Stadthalle Suhl/Thüringen ihren 19. Bundesdelegiertentag. Hauptredner sind der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, und die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Rita Süsmuth. Auf fünf Foren werden europapolitische Themen diskutiert. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die:

**Frauen-Union der CDU
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1
Tel. (0228) 544-313 bzw. 285**

Bei Krediten zu vergünstigten Bedingungen an junge Eheleute:

Bürger der früheren DDR müssen bis zum 30. September 1992 Ansprüche auf Krediterlasse geltend machen.

Für etliche Bürger der früheren DDR endet am 30. September 1992 eine wichtige Frist: Wer nach DDR-Regelungen einen Kredit zu vergünstigten Bedingungen an junge Eheleute (Ehestandsdarlehen) erhalten hat und wegen der Geburt eines Kindes diesen Kredit teilweise erlassen bekommen kann, muß den Anspruch darauf bis spätestens 30. September 1992 anmelden.

Darauf weist die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, hin. Anträge nehmen die jeweiligen kontoführenden Kreditinstitute in den fünf neuen Bundesländern und im früheren Ostteil Berlins entgegen. Da es sich um eine Ausschlußfrist handelt, muß der Antrag bis zum 30. September 1992 bei dem kontoführenden Kreditinstitut eingetroffen sein; später eingegangene Anträge können die Kreditinstitute nicht mehr berücksichtigen.

Antragsberechtigt sind alle Bürger, denen ein Ehestandsdarlehen gewährt wurde und deren Kinder bis einschließlich 31. Dezember 1990 geboren sind, sofern sie

für Geburten bis zu diesem Zeitpunkt noch keinen Krediterlaß erhalten haben. Auch Kreditnehmer, die ihre Darlehen bereits getilgt haben, weil zu einem früheren Zeitpunkt ein Antrag abgelehnt oder nicht angenommen wurde, können jetzt noch einen Antrag stellen. In diesem Fall muß zusammen mit dem Antrag schriftlich glaubhaft versichert werden, daß ein früher gestellter Antrag auf Krediterlaß abgelehnt oder nicht angenommen worden ist.

Entsprechend der zuletzt in der früheren DDR geltenden Regelung wird Krediterlaß in folgender Höhe gewährt:

- bei Geburt des ersten Kindes: 500 DM
- bei Geburt des zweiten Kindes: 750 DM
- bei Geburt des dritten Kindes: 1.250 DM.

Die Bundesministerin für Familie und Senioren macht außerdem darauf aufmerksam, daß die Ehestandsdarlehen für Wohnungsausstattungen weiterhin zinslos bleiben. Aufgrund des Haushaltsbegleitgesetzes 1991 erstattet der Bund den Kreditinstituten entsprechende Zinsen.

Weitere Informationen können entsprechenden Aushängen bei den Kreditinstituten sowie dort ausliegenden Merkblättern entnommen werden. ■

Dresdner Bank prophezeit Aufschwung

Die Dresdner Bank AG sieht in ihrem jüngsten Konjunkturausblick einen beginnenden Aufschwung in Ostdeutschland. Die zunehmende dynamische Entwicklung in der Bauwirtschaft sowie im Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungssektor trüge wesentlich dazu bei, daß im Jahresdurchschnitt 1992 trotz der unverändert schwachen Lage im verarbeitenden Gewerbe das reale Inlandsprodukt um knapp fünf Prozent steigen dürfte, hieß es in dem Bericht. Im Vorjahr war das Inlandsprodukt noch um 30,9 Prozent gesunken.

Die Verwirklichung der sozialen Einheit macht Fortschritte

Parallel zum wirtschaftlichen Neubeginn wurde in den jungen Bundesländern ein dicht geknüpftes soziales Netz geschaffen, das den Menschen in der schwierigen Übergangssituation die notwendige Sicherheit bietet.

Binnen kurzer Frist konnte dank engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Arbeitsverwaltung errichtet, funktionsfähige Krankenversicherungen eingerichtet und ein lohn- und beitragsbezogenes Rentenversicherungssystem eingeführt werden. Mit der Einführung der Sozialversicherung in den jungen Bundesländern wurden 63.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und das Fundament für soziale Sicherheit in Freiheit gelegt. In der Sozialversicherung ist die soziale Einheit bereits vollzogen.

- In ganz Deutschland herrscht seit diesem Jahr ein einheitliches Rentenrecht.
- Die Kriegsopferversorgung ist sichergestellt. Seit diesem Jahr gilt auch in den jungen Bundesländern das Bundesversorgungsgesetz mit all seinen Leistungen.
- Schneller als erwartet und ohne größere Reibungsverluste ist der Aus- und Umbau des Gesundheitswesens gelungen.
- Die Arbeitsverwaltung konnte dank der Arbeitsmarktpolitik der Regierung Helmut Kohl rund 2 Millionen Menschen vor Arbeitslosigkeit bewahren. Vor allem Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und berufliche Weiterbildung entlasten den Arbeitsmarkt erheblich.

Wir bauen auf Solidarität, weil die Qualität einer Gesellschaftsordnung nicht zuletzt gemessen wird am solidarischen Engagement, das sie für ihre hilfsbedürftigen

und schwachen Mitglieder, für die Kranken, die Alten, die Behinderten, die Pflegebedürftigen, die Kinder und Jugendlichen aufzubringen vermag.

Wir bauen auf Eigenverantwortung, weil der Staat im sozialen Bereich gar nicht alles leisten kann, was durch die soziale Verantwortung und durch Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger für die Schwachen und Hilfebedürftigen zu erreichen ist.

Wir bauen auf Subsidiarität und Vielfalt, weil die soziale Wirklichkeit der ehemaligen DDR aufgezeigt hat, daß der Staat soziale Aufgaben nicht monopolisieren darf. Seine Aufgabe ist es vielmehr, den Rahmen dafür zu schaffen, daß die Menschen sich der sozialen Aufgaben eigenverantwortlich annehmen können.

In den einzelnen Bundesländern ist bei der Umgestaltung des Sozialstaates in den letzten zwei Jahren bereits beachtliches geleistet worden:

- Eine leistungsfähige Sozial- und Gesundheitsverwaltung ist aufgebaut.
- Die medizinische Versorgung ist gewährleistet.
- Die Ausstattung der Krankenhäuser wurde verbessert.
- Eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung ist gegeben.
- Der Aufbau von Sozialstationen ist in vollem Gange.
- Die Lebenssituation behinderter und alter Menschen konnte erheblich verbessert werden.

Natürlich bleibt noch vieles zu tun. Ein pluralistisches auf Eigenverantwortung basierendes Sozialwesen kann nicht von heute auf morgen aufgebaut werden. ■

Kommunale Investitionspauschale hat ihren Zweck voll erfüllt

Zur Verwendung der kommunalen Investitionspauschale 1991 als Bestandteil des Gemeinschaftswerks „Aufschwung Ost“ erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Manfred Carstens:

Das Ziel, schnelle beschäftigungswirksame Investitionsaufträge der Gemeinden zu ermöglichen, wurde mit der kommunalen Investitionspauschale voll erreicht. Die Städte, Kreise und Gemeinden im Beitrittsgebiet haben die Mittel erfolgreich und zweckentsprechend in Bereichen mit hohem Nachholbedarf eingesetzt. Künftig wird es Aufgabe der neuen Bundesländer sein, eine angemessene Finanzausstattung ihrer Städte und Kommunen zur Fortsetzung dieser Aufgaben sicherzustellen.

Für die kommunale Investitionspauschale standen im Jahr 1991 insgesamt 5,3 Milliarden Mark den neuen Bundesländern für ihre Städte, Kreise und Gemeinden zur Verfügung. Diese Soforthilfe des Bundes war Anfang 1991 notwendig geworden, weil die neuen Bundesländer ihren Verpflichtungen den Gemeinden gegenüber damals aus persönlichen und finanziellen Gründen selbst noch nicht nachkommen konnten.

Nummehr liegen die Zwischenberichte aus den neuen Bundesländern über die Verwendung dieses Programms vor. Danach konnten von den für kommunale Investitionen vorgesehenen Mitteln über 98 Prozent mit Aufträgen belegt werden. Dies ist ein überaus gutes Ergebnis, das auf deutliche Fortschritte beim Aufbau der Verwaltungsstrukturen in den neuen Bundesländern schließen läßt.

Der Ausgabenschwerpunkt der Mittelverwendung lag im Bereich Schulen. Allein dafür wurden über $\frac{1}{4}$ der Mittel eingesetzt. Einige Länder haben hierfür sogar bis zu $\frac{1}{3}$ ihrer Investitionspauschale gebunden. Für Renovierungen, Instandsetzungen und Erstaussstattungen der Schulen wurden somit fast 1,4 Milliarden Mark verwandt.

Der zweitgrößte Verwendungsbereich betrifft das Bau- und Wohnungswesen sowie gemeindliche Verkehrsmaßnahmen. Über 1,1 Milliarden Mark wurden zur Modernisierung, insbesondere auch der kommunalen Verkehrsinfrastruktur, eingesetzt. Weitere rund 1,5 Milliarden Mark entfielen auf Investitionen im Sozialbereich. So wurden Maßnahmen im Bereich Gesundheitswesen/Sport und Erholung mit etwa 750 Millionen Mark gefördert.

Für die soziale Sicherung

Davon profitierten vor allem die Krankenhäuser, für deren Erhalt und Sanierung durchschnittlich 10 Prozent der kommunalen Investitionspauschale verwendet wurde. Ebenfalls rund 750 Millionen Mark wurden für die soziale Sicherung in den Gemeinden, für Einrichtungen der Sozialhilfe (z. B. Altenheime), für Kindergärten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege aufgewendet.

Nach dem Zwischenbericht der neuen Länder wurden insgesamt 43.284 Vorhaben mit Gesamtkosten von 7,2 Milliarden Mark auf den Weg gebracht. Davon wurden über 5 Milliarden Mark durch die Investitionspauschale des Bundes gedeckt. ■

Mittel- und Osteuropa brauchen Hilfe bei Nachrüstung ihrer Kernkraftwerke

Auf mindestens 7,5 Milliarden ECU hat der Europa-Abgeordnete, Bernhard Sälzer (EVP/CDU), die Nachrüstungskosten für Kernkraftwerke in den Ländern Mittel- und Osteuropas geschätzt, um sie auf einen westlichen Maßstäben entsprechenden Sicherheitsstandard zu bringen.

Durch nationale Leistungen der einzelnen Staaten könnten ca. 5 Milliarden ECU abgedeckt werden. Darüber hinaus entsteht ein Devisenbedarf von 2,5 Milliarden für unumgängliche Importe entsprechender Technik, die im ehemaligen Ostblock nicht verfügbar sind. Von diesem Devisenbedarf entfallen 1,75 Milliarden ECU auf Anlagen, die bereits in Betrieb sind und 0,75 Milliarden ECU auf Anlagen, die sich noch im Bau befinden.

Sälzer: Diesen Ertüchtigungsbedarf kön-

nen die Staaten Ost- und Mitteleuropas nicht aus eigener Kraft aufbringen.

Will man den anstehenden Aufgaben auch im Interesse der Sicherheit der EG-Bürger gerecht werden, sind umgehend entsprechende Kredite erforderlich, die es ermöglichen, den Sicherheitszustand der Anlagen auch tatsächlich zu verbessern.

Nach Schätzung Sälzers können die dringendsten Sofortmaßnahmen in zwei Jahren abgewickelt werden; für das gesamte Ertüchtigungsprogramm muß mit fünf Jahren gerechnet werden. Dabei muß eine kompetente beratende Organisation für die Koordinierung der technischen Planung und für die Mittelfreigabe unter Federführung der EG zur Verfügung stehen. An dem Ertüchtigungsprogramm müssen sich, so Sälzer, die USA, Japan und die EG gemeinsam beteiligen.

Steuereinnahmen Juli 1992 im Plan

Zu den vorläufigen Ergebnissen der Steuereinnahmen des Monats Juli 1992 erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Joachim Grünewald:

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder sind im Juli 1992 im Vorjahresvergleich um + 7,2 Prozent gestiegen. Damit hat sich die Zuwachsrate gegenüber der Entwicklung im 1. Halbjahr 1992 erwartungsgemäß abgeschwächt, obwohl in die-

sem Monat aus kassentechnischen Gründen letztmalig ein Betrag von 1,6 Milliarden Mark aus dem zum 30. Juni 1992 ausgelaufenen Solidaritätszuschlag enthalten ist. Ohne den Solidaritätszuschlag beträgt die Zunahme der Steuereinnahmen im Juli + 3,8 Prozent. Aus heutiger Sicht wird die jüngste Steuerschätzung insgesamt erreicht werden. Damit wird deutlich, daß weder konjunkturelle Mindereinnahmen zu befürchten sind noch Mehreinnahmen zur Verfügung stehen.

Gesunde Umwelt gehört zu unserem neuen Verständnis von Wohlstand

Zum Diskussionsstand für ein neues Kapitel „Bewahrung der Schöpfung“ im künftigen Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands erklärten der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, Reinhard Göhner, und der Vorsitzende der entsprechenden Kommissionsgruppe der Grundsatzprogramm-Kommission, Bundesumweltminister Klaus Töpfer:

I. Ausmaß und globale Dimension der Umweltzerstörung machen die Bewahrung der Schöpfung zur vorrangigen Aufgabe der Menschheit. Wirksamer Umweltschutz beginnt im eigenen Land, ist aber nur dann erfolgreich zu gestalten, wenn es gelingt, alle Länder dieser Erde für die gemeinsame Aufgabe der Bewahrung der Schöpfung zu gewinnen.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht ein Verständnis von Schöpfung, das den Menschen, die Natur und die Umwelt gleichermaßen erfaßt. Die Natur ist nicht nur Nutzgut und Werkzeug für die Menschen, ihr kommt auch eine Eigenbedeutung zu. Menschliches Handeln und Wirtschaften müssen daher immer auch von der Natur her ausgelegt werden.

Der Mensch ist eingewoben in das Netzwerk der Natur; sein Handeln muß dem Rechnung tragen. Hierzu ist es notwendig, unsere Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität um ein Neues zu ergänzen: das Prinzip der Gesamtvernetzung, das Kreisläufe herstellt, indem es menschliches Handeln und Wirtschaften in das sie tragende Netzwerk der Natur rückbindet. In Kreisläufen denken heißt auch, bei den heutigen Entscheidungen die Interes-

sen der nachfolgenden Generationen in einem ökologischen Generationenvertrag zu sichern.

Es ist die besondere Aufgabe des Staates und der Politik, die Funktionsfähigkeit dieses Netzwerkes zu sichern. Hierbei geht es nicht nur darum, durch rechtliche Auflagen den Gefahren für Mensch und Umwelt zu begegnen, wir müssen das wirtschaftliche Handeln durch die Nutzung der marktwirtschaftlichen Dynamik im Rahmen einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft auf die Bewahrung der Schöpfung ausrichten, von der der Mensch ein Teil ist.

II. Erschöpfungszustände und Belastungen in der Umwelt zeigen, daß wir die Kosten des wirtschaftlichen Wachstums nicht richtig bilanziert haben. Haben wir nicht Hypotheken zu Lasten von Natur, von Landschaft und Boden, Luft und Wasser bewußt oder unbewußt aufgenommen? Hypotheken, die in unserer Bilanz nicht auftauchen — Hypotheken, die wir oder erst kommende Generationen mit Zins und Zinseszins abtragen müssen?

Für unser Wirtschaften heißt das: Wir brauchen ein an der Bewahrung der Schöpfung orientiertes neues Verständnis von Wohlstand, Wachstum und Fortschritt. Bislang haben wir bei der Berechnung von Wachstum und Wohlstand nur die Mehrung von Gütern und Dienstleistungen berücksichtigt, ohne den Verbrauch von Natur und die Belastung der Umwelt gegenzurechnen.

Wir brauchen daher ökologisch ehrliche Preise, die die vollen Kosten unseres Produzierens und Konsumierens, einschließlich der Umweltbelastungen und der

Inanspruchnahme von Natur widerspiegeln. Unser neues Verständnis von Wachstum muß die Natur mit einschließen und ein menschenwürdiges Leben auch für die nachfolgenden Generationen sichern. Eine gesunde und ökologisch intakte Umwelt ist wesentlicher Bestandteil unseres neuen, erweiterten Verständnisses von Wohlstand.

III. Ausgehend von unserem Verständnis der Verantwortung des einzelnen in der Marktwirtschaft wollen wir zunächst alle Möglichkeiten zur Kooperation nutzen, bevor das Ordnungsrecht zum Zuge kommt.

Gebote und Verbote im Umgang mit der Natur sind unverzichtbar zur wirkungsvollen Abwehr von unmittelbaren Gefahren für Mensch und Umwelt. Innerhalb des Rahmens der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft ist aber eine breite Palette marktwirtschaftlicher Anreize möglich, die das Eigeninteresse zur Erhaltung der Natur nutzen. Hierzu gehören:

- Aufklärung und Information über umweltfreundliches Verhalten, umweltverträgliche Produkte und Verfahren. Geeignete Mittel hierfür sind die Weiterentwicklung national und international anerkannter Umweltzeichen, aber auch die Ausweisung eines grünen Sozialprodukts sowie die Umweltbetriebsprüfung.
- Steuerliche Anreize und Abgaben, wie z.B. eine emissionsbezogene Kfz-Steuer, Abschreibungsbegünstigungen für umweltentlastende Investitionen sowie Abgaben zur Vermeidung von Abfällen, Treibhausgasen und Schadstoffen.
- Kompensation zur Ermöglichung kostengünstiger Verwirklichung vorgegebener Umweltziele.
- Umwelthaftungsrecht.

IV. Ökologisch verantwortliches Handeln und ökonomisch erfolgreiches Handeln stellen keinen Gegensatz

dar — im Gegenteil! Im europäischen und weltweiten Wettbewerb werden die Unternehmen bestehen, die zukunftsweisende Umweltinvestitionen rechtzeitig im Angriff nehmen und auf die zunehmende Knappheit der Umweltgüter mit umweltentlastendem technischen Fortschritt antworten. Durch entsprechende Technologien können sie die Ressourcen effizienter nutzen und damit auf Dauer kostengünstiger produzieren. Aus einem vermeintlichen Standortnachteil erwächst daher schnell ein entscheidender Wettbewerbsvorteil. Durch eine konsequente Umweltpolitik der CDU-geführten Bundesregierung hat die deutsche Industrie eine führende Rolle auf dem wachsenden internationalen Markt moderner Umwelttechnologien erringen können. Dieser Standortvorteil Deutschlands ist für die Zukunft zu nutzen.

Konsequente Umweltpolitik ist nicht nur wirtschaftlich geboten, sie ist Überlebenspolitik für uns alle. Deshalb darf sie nicht abhängig gemacht werden von Konjunkturschwankungen. Nur dann kann sie langfristig wirksame Anreize geben zur Entwicklung und zum Einsatz umweltverträglicher Technologien sowie Grundlage sein für veränderte Verhaltensweisen von Konsumenten wie Produzenten.

Umweltschutz wird um so teurer, je später er einsetzt. Erst wenn die Kosten unterlassener Umweltvorsorge vom Verursacher getragen werden müssen, wird Umweltschutz zum selbstverständlichen Handlungsprinzip für alle. Die klare Bindung an das Verursacherprinzip wird nur dann gewährleistet, wenn sich alle Umweltkosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen.

Es ist daher unser Ziel, schon bei der Entwicklung von Produkten und Verfahren die Umweltinanspruchnahme als Kostenfaktor miteinzubeziehen. Entwicklung, Produktion, Verbrauch und Entsorgung

gung von Gütern müssen soweit wie möglich in geschlossenen Kreisläufen erfolgen.

V Die gesamte Menschheit steht vor einer einzigartigen Herausforderung: Wir müssen erkennen, daß wir durch unsere Art zu leben und zu wirtschaften sowie durch die weltweite Bevölkerungsexplosion verbunden mit steigender Armut die Lebensbedingungen im Ökosystem Erde so verändert haben und weiter verändern, daß menschliches Leben und Überleben gefährdet wird. Wissenschaft und Technik kommen daher eine entscheidende Bedeutung für die Bewahrung der Schöpfung, für die Sicherung des Überlebens zu.

Mit den ständig wachsenden Einsichten in die Konstruktionsmuster der Natur wächst auch unsere Verantwortung, da die wissenschaftlichen Erkenntnisse zugleich eine vermehrte Nutzung und Umgestaltung der Natur ermöglichen. Wir wenden uns aber gegen die These, der Mensch sei einer ethischen Steuerung des von ihm in Gang gesetzten technischen Fortschritts gar nicht fähig. Zwischen seiner moralischen und technischen Vernunft klafft kein unüberbrückbarer Abgrund.

Der Mensch hat die Kompetenz, moralisch verantwortbar mit dem umzugehen, was er technisch kann. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es sowohl einer sicheren Technik als auch der moralischen Integrität der Menschen, die sie anwenden und kontrollieren.

Freiheit und Freiraum für die Wissenschaft zu gewährleisten, gehört zum Grundverständnis unserer Politik. Wir wollen der Wissenschaft die nötigen Freiräume durch Abbau von Bürokratie und eine ausreichende Finanzierung schaffen sowie zu Leistung, Kreativität und Wettbewerb ermutigen. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung findet ihre

Grenzen aber dort, wo die Würde des Menschen oder die Schöpfung insgesamt gefährdet sind. Menschliches Leben, ob geboren oder ungeboren, ist unverfügbar und schutzwürdig. Wir schützen das menschliche Erbgut vor Manipulationen. Das Wissen um die Daten des eigenen Genoms ist Recht des einzelnen.

Eine neue Art des Wachstums wird erkennbar, das nicht zunehmend Rohstoffe, Energie und Umwelt verbraucht, sondern Ressourcen spart. Es ist begründet auf die menschliche Intelligenz, auf Wissenschaft und Forschung: die neuen Mikrotechnologien, die Informationstechnik, die Bio- und Gentechnologie sowie die neuen Materialwissenschaften. Diese neuen Chancen verantwortlich weiterzuentwickeln, in einer weltweiten Gemeinschaft mit den ärmeren Ländern, dies ist unsere Aufgabe in globaler Verantwortung.

VI. Wir brauchen eine Umweltpolitik. Die uns alle bedrängenden globalen Umweltprobleme zeigen, daß wir in unserem Bemühen um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen eine weltweite Risikogemeinschaft bilden. Wir müssen uns zu einer globalen Verantwortungs- und Solidargemeinschaft weiterentwickeln, wollen wir die Herausforderung „Bewahrung der Schöpfung“ bewältigen.

Wir brauchen einen weltweiten Entspannungsprozeß zwischen Mensch und Natur, wir müssen in unserer Art zu leben und zu wirtschaften „abrüsten“ und die Ausbeutung der Natur beenden. Denn unser auf stetiges materielles Wachstum ausgerichteter Lebensstil ermöglicht weder bei uns noch weltweit langfristig eine tragfähige Entwicklung. Wir können uns nicht länger ein Wachstum leisten, das nicht zuletzt dadurch gespeist wird, daß wir die Kosten unseres Wohlstands auf andere abgewälzt haben.

Wir müssen den inneren Zusammenhang von fortschreitender Umweltzerstörung, Armut und Bevölkerungswachstum aufbrechen. Globale Umweltvorsorge und Überwindung der Unterentwicklung gehören untrennbar zusammen. Sie sind zwei Seiten derselben Medaille.

Nationale Umweltpolitik allein greift hier zu kurz. Wir brauchen ein weltumspannendes Handlungsprogramm, bei dem den Industrieländern eine besondere Verantwortung zukommt. Sie müssen diese Verantwortung durch die ökologische Umstrukturierung ihrer Industriegesellschaft wahrnehmen. Durch die Verknappung des Produktionsfaktors Umwelt muß die Weiterentwicklung von Technik zur Schonung von Umwelt und Ressourcen stimuliert werden.

Den sich oftmals aus blanker Not vollziehenden Raubbau an der Natur in den unterentwickelten Ländern gilt es, durch eine koordinierte internationale Politik und den Willen zur „Einen Welt“ zu beenden. Wir wissen, daß diese Zwänge zu einem großen Teil in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung wurzeln, die vornehmlich die Interessen der entwickelten Länder widerspiegelt. Wir sind uns deshalb bewußt, daß wir uns an diesen Kosten der globalen Einheit nicht vorbeidrücken können.

Zu unserer globalen Umweltverantwortung gehört auch, daß wir den unterentwickelten Ländern beim Aufbau marktwirtschaftlicher und ökologisch verantwortbarer Wirtschaftsstrukturen helfen. Dies heißt aber nicht, daß wir die Entwicklungsländer von ihren Verantwortlichkeiten entbinden. Es ist ihre Aufgabe, rechtsstaatliche und soziale Strukturen in ihren Ländern zu schaffen, damit unsere Hilfe greifen kann.

Für die Politik der Industrieländer heißt dies:

- Wir müssen den unterentwickelten Ländern durch die Öffnung unserer Märkte für deren Produkte eine Chance zur Entwicklung ihrer heimischen Volkswirtschaften geben.
- Wir müssen den Weg der Entschuldung der unterentwickelten Länder konsequent fortsetzen, wobei sicherzustellen ist, daß der Schuldenerlaß nicht zur Honorierung einer sozial und ökologisch unverantwortlichen Politik führt.

Grundlage unserer Politik muß sein, in diesen Ländern eigenverantwortliches Handeln zu ermöglichen und zu fördern. Ein besonderes Schwergewicht unserer Hilfen muß daher im Bereich von Bildung und Ausbildung liegen ebenso wie in der Bereitstellung von Wissen und Technologie zu bezahlbaren Preisen.

Jugendbegegnung in Edinburgh

Der Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. führt eine interessante internationale Jugendbegegnung in Edinburgh/Schottland vom 26. September bis zum 5. Oktober 1992 durch. Der Teilnehmerpreis beträgt 570 DM für Mitglieder und 630 DM für Nichtmitglieder.

Anmeldungen bitte mit dem Beitrag auf das Frischluft-Konto 210 00 880

(BLZ 380 500 00) bei der Sparkasse Bonn überweisen oder einen Scheck beilegen.

Weitere Informationen sind zu erfragen bei:

Frischluft e.V.
Annaberger Straße 283
W-5300 Bonn 2
Telefon: 02 28/31 00 23

Zehn Punkte zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind aufgrund innerer Struktur­mängel und der sich verstärkenden Markt­position der Privaten zunehmend in Finanz­probleme geraten. Das gilt in besonderem Maße für die ARD. Es fragt sich, welches der für die Zukunft richtige Weg ist.

1. Die wachsenden Finanzprobleme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind nicht nur mit besserem Marketing zu lösen. Das wäre oberflächliche Kosmetik, welche die grundlegenden Strukturfragen nicht beantwortet.

2. Abzulehnen ist die Ausweitung der Einnahmen durch Werbung (etwa durch Lockerung der 20.00-Uhr-Werbegrenze, mehr Sponsoring, Mitternachtswerbung u.ä.) ebenso wie Gebührenerhöhungen, die deutlich über die normalen Preissteigerungen hinausgehen.

3. Die CDU bekennt sich zum dualen System, bei dem ARD und ZDF den öffentlich-rechtlichen Bereich repräsentieren. Wettbewerb der Programme und Meinungsvielfalt auch innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind unverzichtbar. Deshalb ist eine Privatisierung zum Beispiel des ZDF abzulehnen.

4. ARD und ZDF haben die Aufgabe der Grundversorgung. Der Grundversorgungsauftrag ist die einzige Legitimation für die Erhebung von Rundfunkgebühren. Hierauf muß eine grundsätzliche Klärung der künftigen Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen System abzielen, nicht dagegen auf eine pauschale Bestands- und Entwicklungsgarantie im jetzigen Umfang.

Der Grundversorgungsauftrag wird zunehmend vernachlässigt: Informations- und Kultursendungen, Programme für Minderheiten werden auf ungünstige Sendeplätze abgedrängt, die Regionalberichterstattung in der ARD wird weg- „harmonisiert“, reduziert und in die dritten Programme abgeschoben.

5. Fehlentwicklungen innerhalb öffentlich-rechtlicher Anstalten sind seit Jahren bekannt und hinreichend analysiert worden. Die Strukturen in den einzelnen Anstalten — insbesondere der ARD — sind bürokratisiert, der Personalaufwand ist — im Vergleich zu den Privaten — völ-

Von Bernd Neumann, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Medienpolitik

lig überzogen. Die allgemeine Ausgabenpolitik (Büro- und Personalausstattung, Dienstwagen, Dienstreisen etc.) ist zu großzügig. Deshalb muß erneut die Einleitung konkreter Sparmaßnahmen, der Abbau bürokratischer Verkrustungen und der exzessiv ausgebauten Überkapazität gefordert werden.

6. Es besteht keine Notwendigkeit für die Fortexistenz von ARD 1 plus und ZDF 3 SAT und deren Ausbau zu Vollprogrammen. ARD 1 plus, ZDF 3 SAT und der Kulturkanal „Arte“ sind zu einem einzigen Kulturprogramm zusammenzulegen.

7. Das personalintensive ARD/ZDF-Frühstücksfernsehen ist kein wesentlicher

Bestandteil der Grundversorgung; es ist deshalb verzichtbar.

8. Die Ausstrahlung von drei und mehr Hörfunkprogrammen durch die einzelnen ARD-Anstalten gehört ebensowenig zur Grundversorgung wie die nationale und europaweite Satelliten-Ausstrahlung von regionalen Hörfunk- und dritten Fernsehprogrammen. Eine deutliche Reduzierung der insgesamt über 50 Hörfunkprogramme und ein Verzicht auf die Satelliten-Ausstrahlung dritter Fernsehprogramme sind zu fordern.

9. Innerhalb der dualen Rundfunkordnung muß es eine klare Trennung der Systeme geben. Eine Vermischung von privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk widerspricht diesem Grundsatz. Hierdurch werden die Rundfunkgebühren zweckentfremdet. Die Forderung also: Keine Beteiligung der Öffentlich-Rechtlichen an privatem Rundfunk.

10. Die ordnungspolitisch sauberste Lösung bei den Einnahmen ist eine klare Trennung: Gebührenfinanzierung für die Öffentlich-Rechtlichen, Finanzierung durch Werbung für die Privaten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine realistische Zukunftschance, wenn er sich auf seinen eigentlichen Auftrag beschränkt.

Wehrsolderhöhung ab 1. Oktober 1992

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines 13. Gesetzes zur Änderung des Wehrsoldgesetzes verabschiedet.

Der Gesetzentwurf sieht eine Erhöhung der Wehrsoldtagessätze für wehrpflichtige Grundwehrdienstleistende und Reservisten um einheitlich 2 Mark ab 1. Oktober 1992 vor. Damit erhält ein Gefreiter monatlich ca. 450 Mark. Die besondere Zuwendung (Weihnachtsgeld) für Grundwehrdienstleistende soll um 60 Mark auf 450 Mark erhöht werden.

Weiterhin ist eine Änderung des § 7 des Wehrsoldgesetzes vorgesehen. Danach erhalten zukünftig alle Grundwehrdienstleistenden die besondere Zuwendung. Bisher waren die im November und Dezember einberufenen Soldaten von der Zahlung ausgeschlossen.

Bundesverteidigungsminister Volker Rühe, der sich seit seinem Amtsantritt im April besonders für die Wehrsolderhöhung engagiert hat, sieht in der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes durch die Bundesregierung einen Erfolg zugunsten unserer jungen wehrpflichtigen Soldaten.

Roter Villenfilz in Hamburg

Zu Konditionen unter der Sozialmietgrenze sind einem Bericht der Bild-Zeitung zufolge „Luxuswohnungen“ des stadteigenen Wohnungsunternehmens SAGA an hohe Beamte der Hansestadt und Manager dieses Unternehmens vermietet worden.

Die CDU in der Hamburger Bürgerschaft hat eine kleine Anfrage gestellt und will vor allem wissen, wann eine

Berichtsvorlage des Senators Curilla dazu der Bürgerschaft zur Kenntnis gebracht wird.

CDU-Landesvorsitzender Dirk Fischer: Offensichtlich war die Verlockung, den Hamburger Staat als Selbstbedienungsregal der SPD zu mißbrauchen, wieder einmal zu groß. Der Senat hat seine Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit sträflich verletzt.

Asylbewerberzahlen Juli 1992

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat Juli 1992 46.496 Asylbewerber (Vormonat: 31.025) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Rumänien:	13.743 (Vormonat: 7.473)
ehem. Jugoslawien:	10.730 (Vormonat: 10.127)
Türkei:	2.966 (Vormonat: 1.924)
Bulgarien:	2.916 (Vormonat: 1.282)
Vietnam:	1.411 (Vormonat: 755)
ehem. UdSSR:	1.295 (Vormonat: 595)
Ghana:	1.051 (Vormonat: 619)
Nigeria:	1.000 (Vormonat: 957)

Die Asylbewerberzahl im Monat Juli übersteigt alle bisherigen Höchstzahlen bei weitem. Die bisher höchste Zahl lag im März 1992 bei 35.095.

Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies einen deutlichen Anstieg um 50 Prozent. Auffällig ist die überproportionale Steigerung bei der Zahl der Asylbewerber aus Rumänien, die weit vor der Zahl aus dem ehemaligen Jugoslawien liegt. Auch bei den anderen genannten Herkunftsländern ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.

Zu einem gewissen Teil dürfte der Anstieg darauf zurückzuführen sein, daß die Ausländerbehörden der Länder neben den im Juli gestellten auch zuvor beantragte, aber noch nicht bearbeitete Asylanträge an das Bundesamt weitergeleitet haben. Das am 1. Juli 1992 in Kraft getretene neue Asylverfahrensgesetz hat wegen des Wegfalls der Anhörung bei den Ausländerbehörden zu einer Entlastung der Ausländerbehörden geführt, so daß neue Asylanträge dem Bundesamt jetzt zeitnäher zugeleitet werden können. Asylbewerber aus Bosnien-Herzegowina sind seit dem 1. Juli gesondert erfaßt. Aus

dem ehemaligen Jugoslawien kamen insgesamt 10.730 Asylbewerber, und zwar 101 aus Kroatien, 9 aus Slowenien, 736 aus Bosnien-Herzegowina sowie 9.884 aus den übrigen Landesteilen. Dies widerlegt eindeutig die Behauptung, daß viele Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina von den Gemeinden in das Asylverfahren gedrängt würden.

Im Monat Juli hat das Bundesamt über die Anträge von 25.890 Personen entschieden. Anerkannt wurden 1.075 Personen (4,2 Prozent), abgelehnt 23.176 Personen (89,5 Prozent), sonstige erledigt wurden die Anträge von 1.639 Personen (6,3 Prozent).

Seit Januar hat das Bundesamt über die Anträge von insgesamt 132.203 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 5.713 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 4,3 Prozent. Abgelehnt wurden 102.484 Personen (77,5 Prozent), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 24.006 Personen (18,2 Prozent).

Aus den Staaten Ost- und Südosteuropas kamen im Juli 29.884 Asylbewerber. Das sind 64,3 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber betrug 70,7 Prozent (32.850 Personen).

Lösung immer dringlicher

Bundesinnenminister **Rudolf Seiters**: Die vorgelegten Zahlen zeigen, daß die Lösung des Asylproblems immer dringender wird und an der Ergänzung des Grundgesetzes kein Weg vorbeiführt. Gegenüber der Vergleichszahl des Vorjahres (Januar bis Juli 1991: 112.828 Asylbewerber) bedeutet die in diesem Jahr bis Ende Juli registrierte Asylbewerberzahl von 233.904 einen Anstieg um über 107 Prozent. Nur wenige von diesen Menschen sind politisch Verfolgte im Sinne des Artikels 16 Grundgesetz. ■

Nationales Interesse und Staatsräson

Matthias Zimmer: Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982 bis 1989. Verlag F. Schöningh, Paderborn 1992. 269 Seiten, 48,— DM(= Studien zur Politik, Band 18)

„Deutschland, einig Vaterland!“ — dieser Ruf und der sich anschließende rapide Prozeß, der am 3. Oktober 1990 zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands führte: sie lagen noch im Bereich der Utopie, ja des Undenkbaren, als Helmut Kohl 1982 als Kanzler der neuen christlich-liberalen Koalition die Regierungsgeschäfte übernahm — und damit auch die Aufgabe, als Verantwortlicher Deutschlandpolitik zu formulieren und zu führen.

Mit seiner Studie zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl ist Matthias Zimmer der erste, der es unternimmt, die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland von 1982 bis zu jenem bewegten Spätsommer 1989 im historischen Zusammenhang von außen- und innenpolitischen Bedingungen und im Spannungsverhältnis von westdeutscher (Teil-) Staatsräson und nationalem Interesse, spricht: Einheit der Nation, darzustellen und zu analysieren.

Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl begann 1982 nicht voraussetzungslos — sie war vielmehr eingebettet in vielfältige Strukturen, die sich in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre entwickelt hatten. Die neue Regierung mußte sich internationalen Gegebenheiten anpassen, die sie nicht ignorieren konnte: das Ende der Entspannung, die Herausforderungen, denen sich das atlantische Bündnis aus dem Osten wie im Inneren ausgesetzt

sah, und schließlich die ab Anfang der 80er Jahre von der DDR verfolgte Politik partieller Abgrenzung. Und: sie hatte die Fakten zu berücksichtigen, die die neue Ost- und Deutschlandpolitik der sozialdemokratisch geführten Vorgängerregierungen Brandt und Schmidt gesetzt hatte.

An diese knüpfte die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl denn auch an: Unter den fortbestehenden Bedingungen des Ost-West-Konflikts konnte das Ziel der Einheit der Nation nur durch eine Politik der kleinen Schritte gewahrt werden. Dies hieß: allmähliche Verbesserungen der Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Aufrechterhaltung des Bewußtseins der Einheit der Nation unter der langfristigen Perspektive einer sukzessiven Transformation des Status quo.

Der Autor macht die innenpolitischen Konsens- und Konfliktlinien der Deutschlandpolitik der Regierung Kohl ebenso überzeugend deutlich wie die außenpolitischen Entwicklungslinien und Friktionen sowie die Veränderungen, die mit dem Namen Gorbatschow verbunden sind. Ein wichtiges Buch über deutsche Realpolitik in Deutschland und Europa in einer Zeit, in der die Wiedervereinigung für Regierung wie Opposition noch in ferner Zukunft lag.

Der Autor

Dr. Matthias Zimmer, geb. 1961, promovierte mit einer diesem Buch zugrunde liegenden Arbeit 1990 an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsinstitutes der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin.

Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

Kreisverband Bonn

Interessante Ausstellung zum Verkehrsparteitag

Schon auf dem Bürgersteig vor dem Beueler Brückenforum in Bonn wurde deutlich, daß es sich beim Verkehrsparteitag der Bonner CDU im Juli um eine Veranstaltung in neuer, bürgernahe Form handelte.

Hier begann eine Ausstellung, die sich im Foyer fortsetzte und Parteitagsteilnehmer und interessierte Bürger über alternative Verkehrsmittel informierte: Zu den Attraktionen gehörten:

- Elektrokleinbus für kommunale Zwecke (RWE)
- Solarmobil (Verein für Solarmobile)
- Informationsstand des ADAC
- Infobus der Stadtwerke Bonn
- Fahrsimulator für Alkoholfahrtstests (Deutscher Verkehrssicherheitsrat)
- Fahrradausstellung (Fahrradfabrik Schauf, Remagen)
- Präsentation des Verkehrsmanagements „Blaue Zone München“ (BMW)
- Magnetbahn-Modelle (AEG)
- ÖPNV-System O-Bahn (Mercedes-Benz)
- Info-Bus „Der Bonner“.

Außerdem wurden Pläne zum Bonner Radwegenetz, der ICE-Trasse, dem S-Bahn-Netz für die Region, zu den Pendlerströmen und dem neuen Südtunnel vorgestellt.

Bonns CDU-Vorsitzender, Stephan Eisel hatte vor dem Parteitag erklärt: „Wir wollen nicht nur ein Papier zum Verkehr ver-



Die Umwelt-Sprecherin der CDU-Ratsfraktion, Bärbel Reindl, testet ein Elektrofahrzeug.

abschieden, sondern auch anschaulich machen, worum es in der Verkehrspolitik geht. Dies mit einem Parteitag zu verbinden, ist sicherlich ein Experiment. Wir würden uns freuen, wenn sich viele Bürger die Ausstellung ansehen.“ Angesichts der Resonanz, die diese Ausstellung fand, kann man feststellen, daß das Experiment gelungen ist. Nachahmung empfohlen!

Wenn Sie weitere Fragen zu dieser Ausstellung haben, wenden Sie sich bitte an den Kreisverband Bonn, Rathausgasse 11 a, 5300 Bonn 1, Telefon (02 28) 65 09 76.

Wie Familien wohnen wollen

In einem Pressegespräch stellten die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Frau Rita Süssmuth, sowie die Hamburger Architektin Ilsemarie Rojan-Sandvoss und der Vorsitzende des Vereins „Für unsere Kinder e. V.“, Wilhelm Sprenger, die Dokumentation „Wie Familien wohnen wollen“ vor.

Rita Süssmuth betonte, daß die Wohnungspolitik in hohem Maße die Rahmenbedingungen bestimme, unter denen Kinder und Familien leben. Die Bedürfnisse von Familien, Senioren und Behinderten müssen nach ihrer Auffassung im Wohnungsbau verstärkt berücksichtigt werden. Demnach müsse Wohnungspolitik als Familienpolitik angesehen und entsprechend gehandelt werden.

In der Wohnungspolitik muß künftig langfristig und flexibel geplant werden. Dazu gehöre die Multifunktionalität von Wohnräumen: Je vielfältiger die Nutzungsmöglichkeiten, die dem einzelnen die Wohnung, das Gebäude, das Wohnumfeld in verschiedenen Lebensphasen und -situationen offenhält, desto attraktiver bleibe diese Wohnumgebung auf lange Sicht.

„Langfristig denken, flexibel planen“ bedeutet nach den Worten von Frau Süssmuth auch, Möglichkeiten zur Kommunikation zu schaffen. Kommunikation fange schon beim Wohnungsgrundriß an: Wir brauchen in den Wohnungen einen Gemeinschaftsraum, in dem möglichst streßfrei Familienleben stattfinden kann, beim Basteln, Spielen oder gemeinsamen Kochen. Eine große Küche, in der neben der Haushaltsarbeit Gespräche nebenbei möglich sind, seien dazu ideal, meinte Frau Süssmuth.

Um diese Vorschläge zu realisieren, müssen die geltenden Richtlinien über Woh-

nungsgrundrisse geändert werden, meinte auch die Hamburger Architektin Ilsemarie Rojan-Sandvoss.

Frau Süssmuth forderte ein Umdenken in der Wohnungsplanung: Dazu gehöre auch, daß im Gebäude oder Wohnblock Gemeinschaftsräume zur Verfügung stehen: als kurzfristige Abstellfläche für Kinderwagen, Fahrräder, sowie als Spielraum, zur Hausaufgabenbetreuung und zu gemeinsamen Aktivitäten. Gerade Mütter wollten nämlich aus der Isolation der Kleinfamilie heraustreten und sich gegenseitig unterstützen.

Als weitere Voraussetzung für mehr Kommunikation forderte Frau Süssmuth die Quartiersbildung im Wohngebiet. Geschäfte, private Dienstleistungen und familienunterstützende Einrichtungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen, die Grundschule, ein System zur Betreuung Pflegebedürftiger und Behinderter gewährleisten den Zusammenhalt zwischen den Bewohnern verschiedenster Generationen. Auf dieser Grundlage könne ein Quartiersbewußtsein erwachsen.

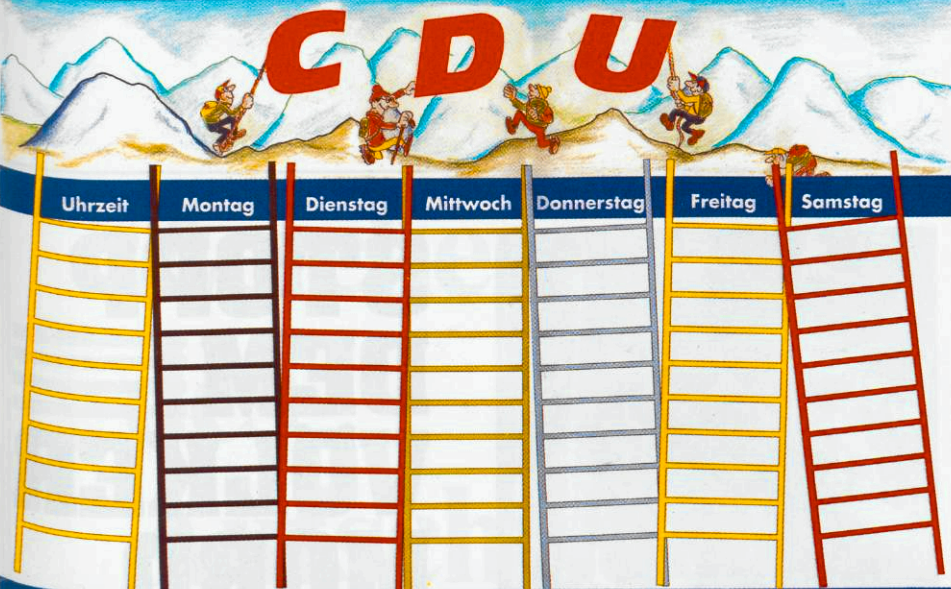
Wilhelm Sprenger stellte die familienpolitischen Aktivitäten des Vereins „Für unsere Kinder“ in Lippstadt vor, die beispielhaft für eine kinder- und familienfreundliche Stadt sind. Zu den Projekten des Sofortprogramms in Lippstadt gehören: Umgestaltung von Schulhöfen, Kindersprechstunden, Kinderkulturwoche, Familie und Museum, Spielen in der Stadt und die familiengerechte Wohnumfeldgestaltung.

Die Dokumentation ist zu beziehen bei:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold
zum Preis von 3,50 DM
+ MwSt. inklusive Versand.

STUNDENPLAN

C D U



Uhrzeit

Montag

Dienstag

Mittwoch

Donnerstag

Freitag

Samstag

Wenn Sie diesen außergewöhnlich schönen Stundenplan für die Schülerinnen und Schüler Ihrer Stadt oder Gemeinde haben wollen, bestellen Sie ihn in unserem Versandzentrum in Vermold. Bestell-Nr. 9258, Mindestabnahme: 250 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM.

Pünktlich zum Schulanfang:

JU-Plakat-Aktion „Schulbeginn – Autofahrer nehmt Rücksicht!“

Auch in diesem Jahr haben die Junge Union und Schüler Union Deutschlands wieder Aktionen zum Schulanfang gestartet. Mehr als 5.000 Plakate „Schulbeginn – Autofahrer nehmt Rücksicht!“ werden in über 100 Kreis- und Ortsverbänden der Jungen Union und Schüler Union an Stellen ange-

bracht, wo Kinder und Jugendliche im Straßenverkehr besonders gefährdet sind. Weiterhin werden an Hunderten von Schulen in ganz Deutschland mehr als 70.000 Stundenpläne der Schüler Union mit dem Slogan „Auf die Dauer hilft nur Schüler-Power“ kostenlos verteilt, so JU-Bundesgeschäftsführer Axel Wallrabenstein.

Bestellungen bei der

Jungen Union Deutschlands
Annaberger Str. 283
5300 Bonn 2.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



STOPP DEM VÖLKER MORD

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UID

25/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, Bernd Proffittlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM, Einzelpreis 1,50 DM, **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.